

1. Europa und die USA in historischer Perspektive (1776–2009)

Weltgeschichtliche Umbrüche zwingen zur geistigen Konzentration, zu dem schwierigen Versuch, vor einem ungewissen Zukunftshorizont eine Ortsbestimmung der jeweiligen Gegenwart zu wagen. Jeder weiß, dass das Verhältnis der Supermacht USA zu einem sich erweiternden und vertiefenden Europa großen Spannungen unterworfen ist. Der Graben über dem Atlantik ist seit dem 11. September 2001 breiter geworden. Das liegt einerseits an der, auch in weltgeschichtlicher Perspektive, katastrophalen US-Außenpolitik in der Amtszeit von Präsident George W. Bush und dem fast freien Fall des Ansehens der USA in der Welt, andererseits aber auch an der notorischen Unfähigkeit Europas, eine einheitliche, kraftvolle und zielgerichtete Politik in irgendeinem Teil der Welt zu formulieren und durchzuhalten. Obwohl seit dem sichtbaren Scheitern der Weltpolitik von George W. Bush die Rhetorik auf beiden Seiten des Atlantiks freundlicher geworden ist, gilt weiter, dass in der Substanz die Arroganz amerikanischer Macht der Arroganz europäischer Ohnmacht gegenübersteht.

Gegenwärtig stehen wir im amerikanisch-europäischen Verhältnis vor der Frage, ob diese Differenzen nur die Folge von Kommunikationsstörungen über dem Atlantik sind, diese also durch eine Verbesserung der Kommunikation behoben werden könnten, oder ob diese Probleme ihre Ursachen in strukturellen Veränderungen des amerikanisch-europäischen Verhältnisses haben.

Es gibt, wie immer in der Vorwegnahme der Zukunft, Optimisten und Pessimisten. Die Pessimisten halten diese strukturellen Differenzen für so schwerwiegend, dass sie das tatsächliche Ende der transatlantischen Allianz prognostizieren. Dann gäbe es für Amerika und Europa, die zusammen 12 % der Weltbevölkerung ausmachen, keine gemeinsame Strategie mehr, der gelingen könnte, ein Minimum an Stabilität und Ordnung für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Welt zu schaffen, die überhaupt fähig wäre, den immer weiter wachsenden Moloch »Vorsorgestaat« zu finanzieren. Oder anders ausgedrückt: Wie seit Beginn des 20. Jahrhunderts, hängt das Schicksal Europas weiter an den transatlantischen Beziehungen.

Wie Sie wissen, bin ich Berufshistoriker, das heißt, ich handle gleichsam von Berufs wegen mit langfristigen Perspektiven. Ich werde daher versuchen, eine Ortsbestimmung des gegenwärtigen Verhältnisses der USA zu Europa auf historischer Grundlage zu leisten. Denn nur im Rahmen langfristiger Analysen können wir, so meine feste Überzeugung, in der uns täglich überschwemmenden Informationsflut Wichtiges von Unwichtigem, Bleibendes vom Tagespolitischen unterscheiden.

Erstveröffentlichung: Europa und die USA in historischer Perspektive (18. Jahrhundert bis zur Gegenwart), in: Stefan Krimm/Martin Sachse (Hg.): Die alte und die neue Welt – Wege des Kulturtransfers. Acta Ising 2008. München 2009, S. 195–221.

Keine Angst, ich werde nicht bei Adam und Eva beginnen, sondern nur im 18. Jahrhundert. Ich werde allerdings Chronologie und Systematik verbinden und Ihnen vier Leitmotive vortragen:

- I. Die Europäisierung der USA (1776–1914)
- II. Die Amerikanisierung Europas (1917–2001)
- III. Die Hybris der Macht und die transatlantische Entfremdung (2002–2008)
- IV. Prognose: Eine Krise enttäuschter Erwartungen

I. Die Europäisierung der USA (1776–1914)

Die Gründung der Vereinigten Staaten im Jahre 1776, die Expansion nach Westen und der Aufstieg zur Weltmacht waren, so meine erste Hypothese, in einem hohen Maße das Ergebnis einer Europäisierung der USA. Damit können wir vielleicht die größte Paradoxie der britischen Kolonien und der USA vom 17. bis 19. Jahrhundert formulieren. Einerseits waren die USA eine Schöpfung Europas, seiner Menschen, seines Kapitals, seiner Ideen und Institutionen, vor allem auch seiner Politik. Andererseits gelang es den Amerikanern, selbständig zu werden, eine eigene Identität gerade in Abgrenzung zu Europa zu entwickeln und die alten Kolonialmächte Frankreich, England und Spanien vom nordamerikanischen Kontinent zu vertreiben. Die amerikanische Identität wurde auch aus einem Anti-Europäismus geboren. Nur so wurden aus Europäern Amerikaner.

1) Eine Schöpfung der Menschen Europas

Nach Schätzungen lebten 1770 im anglo-amerikanischen Nordamerika 1.660.000 Weiße europäischer Herkunft und 450.000 Schwarze aus Afrika, die Sklaven der Gesellschaft, die durch die europäischen Sklavenhändler in die Neue Welt transportiert worden waren, vorausgesetzt natürlich, sie überlebten die Passage. Von 1820 – in diesem Jahr begann die offizielle Zählung – bis 1910 waren über 27 Millionen immigriert, davon aus Europa über 25 Millionen. Heute haben die USA über 300 Millionen Einwohner, wegen der gerade in den letzten Jahren sprunghaft angestiegenen illegalen Einwanderung kann die genaue Zahl niemand angeben.

2) Eine Schöpfung des europäischen Kapitals

Die Anlage europäischen Kapitals im großen Stil begann in den 1860er Jahren, als für die Erschließung des Kontinents durch die Eisenbahn Summen benötigt wurden, die in den USA selbst nicht aufgebracht werden konnten. Daneben trug im 19. Jahrhundert europäisches Kapital nicht unerheblich zur Bildung und zum Wachstum der amerikanischen Konzerne bei.

Auch die Königreiche der Viehzüchter, die »cattle kingdoms« in den Hochebenen des Westens und den Staaten der Rocky Mountains, waren in erster Linie auf europäischem und Ostküstenkapital aufgebaut. Der unabhängige Cowboy, der von irgendwo erscheint, in einen Ausbruch heroischer Gewalt verwickelt wird und einsam in den Sonnenuntergang davonreitet, ist ein gewinnbringender Mythos. Die Kuhjungen hingen am Tropf des europäischen und des Ostküstenkapitals, waren in der Regel straff, fast militärisch in Gruppen organisiert. Nur so konnten sie die riesigen Viehherden über große Distanzen zu den Verladebahnhöfen der Eisenbahnen treiben, die das Vieh in die Schlachthöfe Chicagos und anderer Städte transportierten. Von dort wurde das Fleisch auch nach Europa exportiert. Im deutsch-französischen Krieg von 1870–1871 lebten die Armeen beider Seiten vom Fleisch aus Wyoming. Vor 1914 war Großbritannien der größte Anleger von Kapital, gefolgt von Deutschland, den Niederlanden und Frankreich.

3) Eine Schöpfung der europäischen Ideen

Auch die politische Kultur der Nordamerikaner, ihr Selbstverständnis, ihre Institutionen, besonders ihr Recht und ihre Verfassungen, die technisch-industrielle Revolution und kapitalistische Wirtschaftsform des Landes sind zutiefst von Europa geprägt worden, ganz besonders durch Großbritannien. Diese Aussage gilt unbeschadet des homerischen Streites darüber, wie dieses europäische Erbe durch die amerikanische Natur, die Konflikte mit den indigenen Stämmen und die eigene geschichtliche Erfahrung eingeschmolzen und ein »neuer Mensch«, eine »neue Gesellschaft«, eine »neue Welt« geschaffen wurden. Diese berühmte Frontier-These des Historikers Frederick Jackson Turner war, sozialpsychologisch und identitätspolitisch gesehen, eine zweite Unabhängigkeitserklärung von Europa.

Wenn es auch falsch wäre, die USA im 18. und 19. Jahrhundert für ein Anhängsel, eine Provinz Europas zu halten, so wird andererseits aus einer Außenperspektive, etwa aus einem asiatischen, nahöstlichen oder afrikanischen Blickwinkel, sofort deutlich, wie sehr die USA Teil des europäisch-nordamerikanischen Westens sind. Antikes Vorbild und christliche Religion, protestantisches Arbeitsethos, Aufklärung und Rationalisierung, die Trennung von Staat und Kirche, Industrialisierung und Kapitalismus, die Amerika bestimmenden politischen Ideen wie Liberalismus und Demokratie, Individualismus, Konstitutionalismus und Föderalismus, Grundrechte und Gewaltenteilung – alles das ist ohne Zweifel Bestandteil einer gemeinsamen westlichen und atlantischen Tradition.

Auch die zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit, deren letzte Inkarnation uns in Präsident George W. Bush entgegentritt, ist seit der Amerikanischen Revolution ein selbstverständlicher Teil der amerikanischen Identität, und sie ist ohne Zweifel europäischen Ursprungs. Denn diese Sendungsidee ist eine Verschmelzung von Christentum und Aufklärung, von Christentum und demokratischer Mission, die die besondere Zivilreligion Amerikas hervorgebracht hat: eine unverwechselbare Mischung aus christlichem Republikanismus und demokratischem Glauben. Die

USA seien, so hat man gesagt, eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die geistigen Wurzeln George W. Bushs liegen in »Old Europe«, wenn auch die besondere Mischung sehr amerikanisch ist.

4) Die USA als Schöpfung der europäischen Politik

Die Expansion der von Europa geprägten Nation entwickelte sich nicht in einem Vakuum der internationalen Machtpolitik, nicht in einer »splendid isolation«, sondern in einem von Europa dominierten Weltsystem. Der Weg der USA zur Großmacht musste deshalb gegen die Interessen und gegen die Politik der drei alten europäischen Kolonialmächte in der westlichen Hemisphäre durchgesetzt werden, gegen Frankreich, Spanien und vor allem gegen Großbritannien, seit dem Ende der Napoleonischen Kriege unbezweifelbar die Weltmacht Nummer eins, weil es die Weltmeere beherrschte und zugleich das Gleichgewicht der Kräfte in Europa aufrechterhalten konnte.

In diesen Konflikten mit den Europäern machten die Amerikaner eine Grund-erfahrung, die ihre Politik gegenüber den einzelnen europäischen Nationalstaaten bis heute prägt. Sie konnten ihre eigenen Interessen immer dann am besten durchsetzen, wenn die Europäer untereinander zerstritten waren. Das bewusste oder glückhafte Ausnutzen der Rivalitäten der europäischen Großmächte untereinander zum Nutzen der USA ist deshalb ein zentraler Aspekt des Aufstiegs der USA schon vor 1917. Wie es ein Historiker einmal formulierte: »European distresses spelt American successes.« Die USA lagen im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Rande des europazentrischen Weltsystems. Die europäischen Nationen hielten die Kriege und Konflikte untereinander in der Regel für wichtiger als die Eindämmung der aufsteigenden Großmacht in der westlichen Hemisphäre. Wenn es denn historische Gerechtigkeit gäbe, müssten die öffentlichen Plätze der USA übersät sein mit Denkmälern Ludwigs XVI. und Napoleons I. Ohne den Bündnisvertrag von 1778, ohne den Louisiana Purchase von 1803 und den französisch-englischen Weltgegensatz im Zeitalter Napoleons hätten sich die Kolonisten in den beiden Unabhängigkeitskriegen gegen Großbritannien von 1776–1783 und von 1812–1814 nicht behaupten können.

Erst nach dem Bürgerkrieg waren die USA für die nächsten hundert Jahre, bis zur Erfindung der Interkontinentalraketen, in einer sicherheitspolitischen Lage, die schon die Bewunderung und den Neid Bismarcks hervorrief: Im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische. Bismarck, der, wie Sie als Geschichtslehrer alle wissen, seit 1871 vom Alptraum der gegen das neue Deutsche Reich gerichteten Koalitionen anderer Mächte beherrscht wurde (*le cauchemar des coalitions*), konnte deshalb sagen: »Betrunkene, Kinder und Amerikaner haben einen Schutzengel.«

Was war bis 1914 das weltgeschichtliche Ergebnis dieser Europäisierung der USA? Zusammenfassend lässt sich das besondere Gewicht der USA in der Weltpolitik und Weltwirtschaft vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs so bestimmen: Jenseits des nordamerikanischen Kontinents, den die Nation ohnehin dominierte, besaßen die

USA ein Imperium in der Karibik und im östlichen Pazifik, darüber hinaus die im Konfliktfall nicht zu haltenden Philippinen. In ganz Lateinamerika konkurrierten die USA besonders mit Großbritannien, dem Deutschen Reich und Frankreich um wirtschaftlichen Einfluss. Zum eurasischen Doppelkontinent hingegen hielten die Amerikaner vor 1914 militärisch und politisch Distanz.

Noch galten die Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 – eine gegenseitige, amerikanisch-europäische hands-off-Erklärung – und die Überzeugung der Gründungsväter, zwar mit der ganzen Welt Handel zu treiben, aber auf keinen Fall verstrickende Bündnisse (entangling alliances) einzugehen, die den USA die freie Hand nehmen könnten. In Asien waren die USA den Prinzipien der offenen Tür verpflichtet, aber nicht gewillt, dort militärisch einzugreifen. Dafür benötigte das Land, so der Friedensnobelpreisträger Theodore Roosevelt, eine Flotte so groß wie die englische und ein Heer so groß wie das deutsche. Beides hatte das Land damals nicht.

Auf der anderen Seite waren die USA schon vor dem Ersten Weltkrieg die führende Wirtschaftsmacht der Erde. 1913 hatte das Land einen Anteil an der Weltindustrieproduktion von 35,8%. Allerdings hatten die USA die führende Rolle Großbritanniens als Zentrum des Welthandels noch nicht erschüttert, das war erst ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges.

II. Die Amerikanisierung Europas (1917–2001)

Zunächst einige Bemerkungen zum Begriff »Amerikanisierung«. Nicht nur Bücher, sondern auch Begriffe haben ihre Schicksale. Letztere treten zu einer bestimmten Zeit in das öffentliche Bewusstsein, ihr gemeinter Sinn verändert sich, ihr Gebrauch kann regional begrenzt sein oder sich, wie beim Terminus »Amerikanisierung«, globalisieren. Denn der Aufstieg der USA zur einzig verbliebenen Supermacht der Welt im 20. Jahrhundert wurde begleitet von einer ebenfalls globalen Perzeptionsgeschichte durch die von amerikanischem Vorbild und Einfluss, von amerikanischer Hegemonie und Herrschaft betroffenen Nationen, Regionen, Gesellschaften und politischen Systeme der Welt; und zwar in Europa, Asien, Lateinamerika, Australien und Afrika. Die »Amerikanisierung« Europas ist also Teil der Amerikanisierung der Welt.

Es ist deshalb nicht zufällig, sondern entspricht der Logik der Sache, dass für die Popularisierung des Begriffs »Amerikanisierung« immer wieder auf den britischen Journalisten William T. Stead verwiesen wird. Er publizierte 1901 ein Buch mit dem Titel: »The Americanization of the World«. In prophetischer Vorwegnahme der Zukunft gab er seinem Buch den Untertitel: »The Trend of the Twentieth Century.« Es wurde umgehend in die deutsche und französische Sprache übersetzt.

Jeder weiß, dass lokale, regionale und nationale Identitäten sich an Freund- und Feindbildern schärfen. Den Bayern muss man diesen Tatbestand nicht lange erläutern. Deshalb stehen der Begriff »Amerikanisierung« und die damit gemeinten Sachverhalte in allen Regionen der Welt im Zentrum von Identitätsdebatten. Ganz Lateinamerika zum Beispiel bespiegelt sich selbst in der Auseinandersetzung mit dem Koloss aus dem Norden; große Teile des Islam, nicht nur die islamischen

Fundamentalisten, finden ohne die Externalisierung des Bösen, ohne die Projektion des Bösen auf das Symbol der westlichen Moderne, eben die USA, nicht zu sich selbst. In vielen Ländern Asiens sind die USA Vorbild und Schreckbild zugleich. Wer die in Umfragen dokumentierte öffentliche Meinung in Europa und die veröffentlichte Meinung der Gegenwart verfolgt, besonders zu der Regierung Bush, könnte zu dem Schluss kommen, dass Europa ohne einen begrenzten Konflikt mit den USA nicht zu einer militärischen, politischen und kulturellen Identität finden kann; Europa also den umgekehrten Prozess durchlaufen müsse, wie die USA im 18. und 19. Jahrhundert, als die USA ohne das Feindbild »Europa« nicht zu sich selbst kamen.

Weil also der Begriff »Amerikanisierung« überall in der Welt untrennbar in die Identitätsdebatten der von der Amerikanisierung betroffenen Regionen und Völker verwoben ist, ist er für die meisten Menschen ein politischer Kampfbegriff. Deshalb haben Wissenschaftler auch Mühe, die beschreibenden und erklärenden Elemente dieses Terminus von seinen normativ-vorschreibenden Bestandteilen zu trennen. Oder anders ausgedrückt: Der Begriff »Amerikanisierung« ist in der Realgeschichte sehr oft pro- oder antiamerikanisch aufgeladen.

Ich selbst möchte diesen Begriff heute nur in beschreibender und erklärender Absicht benutzen. Unter der Amerikanisierung Europas sei ganz einfach der politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Einfluss verstanden, den die USA im 20. Jahrhundert auf Europa ausgeübt haben. Genauso hatte ich in meinem ersten Teil den Begriff »Europäisierung Amerikas« benutzt. Bei allen wechselseitigen Einflüssen und Interdependenzen, bei allen zirkulären Prozessen, die es im amerikanisch-europäischen Verhältnis auch immer gegeben hat, will diese Unterscheidung doch andeuten, dass vom 17. bis 19. Jahrhundert der dominierende Einfluss von der Alten in die Neue Welt, im 20. und 21. Jahrhundert von der Neuen in die Alte Welt gegangen ist.

Da man die gesamte Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts unter dem Leitmotiv der Amerikanisierung analysieren könnte, ist es selbstverständlich, dass ich dazu nur einige Bemerkungen machen kann.

Ich beginne mit jenem Bereich der Amerikanisierung Europas, der im allgemeinen Bewusstsein der Gegenwart vermutlich am stärksten mit diesem Begriff assoziiert wird und der Generationen anti-amerikanischer Kritiker auf den Plan gerufen hat: nämlich den Einfluss amerikanischer Ideale, Kulturgüter und Produktionsformen im Allgemeinen, der amerikanischen Unterhaltungsindustrie und Populärkultur im Besonderen. Nicht zufällig sprachen die französischen Intellektuellen anlässlich der Eröffnung des Euro-Disneyland in der Nähe von Paris von einem »kulturellen Tschernobyl«. Das hindert das gemeine Volk Frankreichs aber nicht daran, diesen Park nach erstem Zögern fleißig zu besuchen. Der Filmproduzent Wim Wenders ließ schon 1976 in einem Film verkünden: »Die Amis haben unser Unbewusstes kolonisiert.«

In keinem Bereich der europäischen Amerika-Diskussion toben sich so viele anti-amerikanische Vorurteile aus, gibt es so viel Anti-Amerikanismus von links und von rechts, werden von europäischen Intellektuellen und von Teilen des europäischen Bürgertums so viele Güter des Abendlandes verteidigt, wird seit 200 Jahren so inbrünstig zwischen amerikanischer Zivilisation und europäischer Kultur geschieden, wie

in der leidenschaftlichen Debatte um den kulturellen Einfluss der USA auf Europa. Ungeachtet der Kritik scheint offenbar gegen die »globale, massenkulturelle Ökumene amerikanischer Prägung« kein Kraut gewachsen zu sein, gegen die, wie es ein Historiker formulierte, »final banal idiocy of the reversed baseball cap.« Die mit der US-Populärkultur transportierten Botschaften – Freiheit, Unabhängigkeit, Weite, Konsum und Sexualität – scheinen globale Wunschträume zugleich zu repräsentieren und zu begründen.

Auch im Bereich der so genannten Hochkultur ist der Export amerikanischer Ideen nach Europa nicht zu unterschätzen. Das gilt im Bereich der Wissenschaft und Technik ebenso wie in der Literatur und in den Künsten. Im globalen Wettbewerb der besten Hochschulen der Welt um die besten Forscher und Studierenden, im »global brains business«, liegen die USA weit vorn. Nach einem Report des »Economist« gehören zu den besten zwanzig Universitäten der Welt siebzehn amerikanische, zwei britische und eine japanische. To be sure, at Heidelberg and Munich we are catching up.

Der Erste Weltkrieg war die Ursünde Europas und der Vater vieler Dinge. Er war auch, das ist mein nächster Aspekt, der Beginn der wirtschaftlichen Amerikanisierung Europas. Die USA wurden durch den Ersten Weltkrieg zur stärksten Wirtschaftsmacht der Erde mit weltweiten Handelsinteressen und einer globalen Außen- und Wirtschaftspolitik. In den zwanziger Jahren vergrößerten sie ihren Vorsprung als Produzent, sie wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs auf durchschnittlich 45 % in den Jahren von 1925 bis 1929. Das Nationaleinkommen der USA war, in Dollar gemessen, ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizentrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Der für den Welthandel und für das amerikanisch-europäische Verhältnis vielleicht folgenreichste Faktor war der abrupte Wechsel der USA von einer Schuldner- zu einer Gläubigernation.

Nach Weltwirtschaftskrise, New Deal und Zweitem Weltkrieg begannen die Amerikaner, bewaffnet mit den Lehren aus der Geschichte, ein liberales Weltwirtschaftssystem aufzubauen, von dessen Funktionieren bis heute der Wohlstand der Nationen und der Wohlstand Europas abhängt. Nur ein auf liberalen Grundsätzen beruhendes und institutionell verankertes Weltwirtschaftssystem konnte aus Sicht der USA eine Wiederholung des europäischen Erzübels verhindern, nämlich einen neuen Rückfall in Autarkie, Protektionismus und bilateralen Tauschhandel. Nur die restlose Beseitigung der Formen und Ursachen solcher Politik konnte Europa insgesamt wieder zu einem produktiven Faktor einer neuen Weltwirtschaftsordnung machen. Nur die neue Supermacht des Westens, die als einzige Großmacht auch im Zweiten Weltkrieg reicher geworden war, hatte das Vermögen, ein neues Weltwirtschaftssystem zu begründen. Folgerichtig dominierten die Amerikaner die Konferenz von Bretton Woods vom Juli 1944, auf der 1500 Delegierte aus 44 Ländern den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank als Grundpfeiler einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ins Leben riefen. Die Verpflichtung auf Multilateralität und offene Märkte war denn auch der Preis, den die Europäer für die Marshallplan-Hilfe zu zahlen hatten.

Seither kann eine Geschichte der Weltwirtschaft nach 1945 nicht ohne den Einfluss der USA auf Europa geschrieben werden, ohne die weltwirtschaftliche Verflechtung im atlantischen Raum und ohne den phänomenalen Anstieg des Handels zwischen den entwickelten Industriestaaten auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Zufuhr von Rohstoffen nach Europa, insbesondere von Öl, wurde durch den amerikanischen Einfluss in anderen Regionen der Welt sichergestellt.

Diese wirtschaftliche Amerikanisierung Europas im Rahmen einer liberalen Weltwirtschaft führte nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen Europas zum größten Wachstum und zur größten Wohlstandsentwicklung in der gesamten bisherigen Geschichte. Und heute kann das Europa der 27 nur in wirtschaftlicher Hinsicht den USA auf ungefähr gleicher Augenhöhe entgegentreten. Das Bruttosozialprodukt beläuft sich auf beiden Seiten des Atlantiks auf geschätzte 11 Billionen (für Amerikaner: Trillions); über 300 Millionen Amerikaner stehen 484 Millionen »Europäern« in der neuen EU gegenüber. Die USA und die EU bestreiten zusammen ungefähr 40 % des Welthandels. Der Bestand europäischer Direktinvestitionen in den USA beläuft sich auf 900 Milliarden Euro, der der USA in Europa auf 700 Milliarden Euro, insgesamt also auf eine Größenordnung von 1,6 Billionen Euro (im Jahre 2009). Der Euro hat überdies die Tendenz, zu einer zweiten Reservewährung zu werden.

Es hängt auch mit dieser gleichen Augenhöhe zusammen, dass die strategischen, politischen und kulturellen Differenzen zwischen den USA und Teilen Europas seit dem Januar 2002 kaum auf den wirtschaftlichen Bereich durchgeschlagen haben und die ordnungs- und handelspolitischen Konflikte begrenzt blieben. Beide Seiten hätten bei einem »Wirtschaftskrieg« zu viel zu verlieren.

Damit komme ich zur politischen Amerikanisierung Europas im 20. Jahrhundert, die immer auf zwei Pfeilern ruhte, auf dem amerikanischen Machtanspruch und der amerikanischen Sendungsidee, auf »power and mission«¹. Die große Zäsur scheint mir auch in diesem Fall der Erste Weltkrieg zu sein, als die beiden großen Revolutionäre des 20. Jahrhunderts, der Kommunist Lenin und der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, antagonistische Modelle für die ganze Welt verkündeten, das heißt universalistische Doktrinen. Wilson verstand sich als Werkzeug Gottes, er wollte die Welt für die Demokratie sicherer machen, Europa vom alten Machtspiel der »balance of power« befreien und den Weltfrieden auf einen neuen »covenant«, den Völkerbund, gründen. Seitdem hat sich Europa mit der politischen Macht und der amerikanischen Sendungsidee der Freiheit auseinanderzusetzen.

Ohne den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson hätten die Sieger des Ersten Weltkrieges die Satzung des Völkerbundes nicht verabschiedet – die Weigerung des Senats, den Völkerbundsvertrag zu ratifizieren, hat Wilson buchstäblich das Leben gekostet. Ohne den politischen Einfluss der USA hätten die Sieger des Zweiten Weltkrieges nicht die Gründung der Vereinten Nationen ins Werk gesetzt.

Mit diesem Missionar aus der Neuen Welt umzugehen, fiel selbst den europäischen Alliierten der USA schon 1919 auf der Konferenz von Versailles nicht leicht, weil sie den Besiegten lieber einen reinen Machtfrieden auferlegt hätten. Wilsons härtester

1 Vgl. Detlef Junker: Power and Mission. Was Amerika antreibt Freiburg: Herder² 2003.

Widersacher, der französische Ministerpräsident Clemenceau, mokierte sich über diesen sendungsbewussten Repräsentanten der Neuen Welt: Während Moses nur mit zehn Geboten vom Berge gekommen sei, wolle Wilson die Welt mit vierzehn Punkten verändern.

Es spricht vieles für die amerikanische Interpretation des 20. Jahrhunderts: Sie haben aus ihrer Sicht Europas Freiheit gerettet, die Alte Welt im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg von den Übeln des Wilhelminismus, Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus befreit.

An dem Untergang der europäischen Kolonialreiche oder expansiver Imperien in Europa waren sie direkt oder indirekt beteiligt. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wird von vielen Strategen als Endpunkt einer weltgeschichtlichen Entwicklung angesehen, die mit der Zerschlagung des Habsburger und Osmanischen Reiches begann, mit der Zerschlagung des Dritten Reiches und des italienischen Kolonialreiches fortgeführt wurde und die mit der für Großbritannien und Frankreich so schmerzlichen Auflösung ihrer Kolonialreiche endete. Auch die Niederlande, Spanien und Portugal trennten sich von den Resten ihrer Imperien.

Man darf also die These wagen: Nur weil die klassischen europäischen Nationen – mit kräftiger amerikanischer Unterstützung – von totalitären Systemen befreit und auf ihre Kernländer zurückgestutzt wurden, waren die Europäer überhaupt fähig, das Projekt der Europäischen Union nach 1990/91 nach Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa voranzutreiben, eben die gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. Der ewige Kampf der europäischen Nationen um Einfluss Status und Prestige spielt sich nun mit friedlichen Mitteln innerhalb der Europäischen Union ab. Wenn wir von der Amerikanisierung Europas sprechen, sollten wir eine fundamentale Tatsache nie vergessen: Die USA waren die Hebamme Europas.

Was uns Deutsche betrifft, so darf ich daran erinnern, dass die USA zwei Weltkriege gegen Europas Zentralmacht führten, aber, anders als die europäischen Nachbarn, rechtlich und rhetorisch immer an Deutschlands Einheit in Freiheit festhielten; in Versailles 1919, in Potsdam 1945 und im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Außerdem gehörten nach 1945 die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, der Kampf um die Seele von Faust, zu den zentralen Zielen amerikanischer Außenpolitik.

Als 1989/90 die Stunde der Wahrheit kam, waren es nicht die Westeuropäer, sondern die USA unter Führung von George Bush dem Älteren, die die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit und die Westbindung unterstützten.

III. Die Hybris der Macht und die transatlantische Entfremdung (2002–2008)

Wenn es in Westeuropa nach 1945, in Mittel- und Osteuropa auch nach 1989/90, immer eine leidenschaftliche Debatte über alle Aspekte dieser Amerikanisierung Europas gegeben hat und bis heute gibt, so sind doch laut Umfragen die USA während des Kalten Krieges mehrheitlich als Verbündeter und Garant der Freiheit angesehen

worden. Das lag auch daran, dass die USA während des Kalten Krieges überwiegend als ein wohlwollender Hegemon erfahren wurde, der versuchte, im Rahmen seiner Führungsrolle die Interessen der abhängigen Bündnispartner mit zu berücksichtigen, im Dialog Interessenunterschiede durch pragmatische Kompromisse einzuebnen und auf dieser Grundlage in Europa freiwillige Gefolgschaft zu gewinnen. Nicht umsonst konnte während des Kalten Krieges die US-Außenpolitik gegenüber Westeuropa als »Imperium auf Einladung« (empire by invitation) oder »Imperium durch Integration« (empire by integration) beschrieben werden. Diese Geschäftsgrundlage der europäisch-amerikanischen Beziehungen wurde während der Amtszeit von Bush dem Jüngeren zerstört, weil dieser nach dem 11. September den Entwurf einer Weltvorherrschaft, nicht Weltherrschaft, durchzusetzen versuchte. Dieser Versuch einer Weltvorherrschaft ist heute, sieben Jahre später, weitgehend gescheitert (Stand 2008). Heute kreist die strategische Debatte in den USA auch um die Frage, ob die Hybris der Macht aus den Anfangsjahren der Amtszeit Bush dazu geführt hat, dass die USA inzwischen ihre Position als dominierende Supermacht verspielt haben.

Erinnern wir uns in aller gebotenen Kürze an diesen Entwurf einer Weltvorherrschaft, der schon wieder Geschichte geworden zu sein scheint. Der sendungsbewusste Präsident, ein wiedergeborener Christ, der sich auf die Christliche Rechte und die vierte Erweckungsbewegung seines Landes stützte, glaubte zutiefst an seine historische Mission, der Welt im Allgemeinen, dem Nahen Osten im Besonderen, die Freiheit zu bringen. Das hat er unzählige Male gesagt, George W. Bush war und ist ein Ideologe und Überzeugungstäter.

Nur die USA können, davon war Bush überzeugt, die Welt wirklich führen. Denn aus seiner Perspektive war die Welt endgültig unipolar und amerikazentrisch geworden, in geistiger und in militärisch-strategischer Hinsicht. Das Pentagon hat die Welt in fünf Kommandobereiche aufgeteilt. Die USA verfügen über 860 Basen unterschiedlicher Größe in der ganzen Welt, die Militärmacht wächst täglich. Mit ihrer Zerstörungskraft können die US-Streitkräfte jeden Punkt der Erde in 15 Minuten pulverisieren. Da es keine Weltarmee unter dem Kommando der UNO gibt, die NATO fast irrelevant geworden ist, könnten, so Bush, im Konfliktfall nur die USA die Welt im pro-amerikanischen und prowestlichen Sinne stabilisieren. De facto seien die US-Streitkräfte die Weltarmee. Bündnispartner müsse man sich bei Bedarf suchen, je nach Lage der eigenen Interessen. Das Angebot der NATO zur Zusammenarbeit nach dem 11. September wurde kühl zurückgewiesen.

Von diesen Bündnispartnern wurde – und damit begannen schon bald die Probleme – fast selbstverständlich erwartet, dass sie die amerikanische Gefahren- und Feindperzeption teilen, nur dann galten sie als Freunde. Diese einzig verbliebene Hypermacht weigerte sich strikt, die nationale Souveränität durch internationale Verträge zu beschränken. Gulliver könne sich nicht durch die Fesseln der vielen Zwerge binden lassen. Die UNO war und ist für die konservativen Republikaner ein einziges Ärgernis, sie taten viel, um die Weltorganisation und ihren Generalsekretär Kofi Annan zu diskreditieren. Was die Präsidenten Wilson und Roosevelt der Welt als Vision angeboten hatten, war für Bush den Jüngeren ein Ärgernis, spätestens seit Außenminister Powell zur Rechtfertigung des Irak-Krieges, wie wir

ja jetzt wissen, eine Serie von Falschaussagen vor der Vollversammlung der UNO präsentieren musste.

Was war das Ziel dieser globalen Militärmacht? Es war genau das, was die sogenannten Neokonservativen in den neunziger Jahren in ihren Publikationen und Denkschriften vorgedacht hatten: die Begründung einer konkurrenzlosen Pax Americana für das 21. Jahrhundert. Diese Gruppe wollte, genauer gesagt, nicht eine amerikanische Weltherrschaft, aber eine Weltvorherrschaft (primacy) errichten, die es den USA auf unbestimmte Zukunft erlaubt hätte, die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne zu bestimmen. Das galt auch für die Strukturen Europas.

Im Kern lief dieser Versuch einer Weltvorherrschaft, einer grandiosen Pax Americana, darauf hinaus, nach dem Ende des Kalten Weltkrieges das zu erreichen, was weder nach dem Ersten, noch nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen war: das amerikanische Modell von Demokratie und marktwirtschaftlichem Kapitalismus möglichst weltweit auszubreiten, liberty and property zu globalisieren. Damit wäre, um einen berühmten Autor, Francis Fukuyama, zu zitieren, das »Ende der Geschichte gekommen«. Fukuyama meinte natürlich nicht, dass die Geschichte plötzlich stillstehen würde, er meinte aber, dass es in der Zukunft keine Alternative mehr zum amerikanischen Modell geben könne, weil alle alternativen Visionen abgewirtschaftet hätten.

Eingelagert in die amerikanische Missionsidee der Freiheit war also unter Präsident Bush dem Jüngeren der harte, machtpolitische Entwurf der US-Weltvorherrschaft, die Zukunft eines Staates, der notfalls allein, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und »vorbeugend« (preventive and preemptive) handelt.

Im Zusammenhang und im Gefolge der europäischen Kritik an diesem amerikanischen Unilateralismus wurden nun auch verstärkt strukturelle Differenzen zwischen den USA und Europa thematisiert, die die Kommunikationsstörungen über dem Atlantik weniger als Folge der Weltpolitik denn als Konsequenz unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme und Werte interpretieren. Ich möchte deshalb, in idealtypischer Verknappung, besonders drei Differenzen zwischen der Alten und der Neuen Welt in der Gegenwart analysieren:

1. Die Marktlücke (market gap)
2. Die Kriegslücke (war gap)
3. Die Gotteslücke (God gap)

Zur Marktlücke: Hier beziehe ich mich besonders auf Forschungsergebnisse meines Heidelberger politikwissenschaftlichen Kollegen Manfred G. Schmidt, der – bei allen Gemeinsamkeiten – auf tiefgreifende Unterschiede der politischen Systeme aufmerksam gemacht hat. Besonders in einer Fundamentalfrage, die alle westlichen Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks tief bewegt, gibt es nach Schmidt eine strategische Differenz. Was soll vom Staat, was soll vom Markt geleistet werden? Diese Arbeitsteilung zwischen Markt und Staat kann besonders gut an der Staatsquote abgelesen werden, an dem Anteil aller öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Obwohl im Zuge von Industrialisierung und Demokratisierung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts diese Staatsquote in allen westlichen Staaten erheblich angestiegen

ist, bleibt bis heute eine erhebliche Differenz. Noch immer ist in der amerikanischen Kultur die alte Überzeugung tief verankert: »The best government is no government«. Es gibt bis heute Amerikaner, die höhere Steuern mehr fürchten als den Satan. Im Jahre 2005 lag die Staatsquote in den USA bei 36,4 %, in Deutschland bei 46,7 % und in Schweden bei 56,6 %. Die großen Unterschiede lagen, so Manfred Schmidt, nicht im sozial-investiven Bereich, sondern in der Sozialpolitik. Die soziale Leistungsquote in den USA belaufe sich nur auf 50–60 % der Sozialleistungsquoten der führenden europäischen Wohlfahrtsstaaten. Außerdem geben die USA sehr viel mehr Geld für Militär und Rüstung aus.

Das liegt einerseits am Zusammenwirken der politischen Akteure und den politischen Institutionen der USA, andererseits an der amerikanischen Vision, dass jeder für sein Glück allein verantwortlich sei, am wettbewerbsorientierten Individualismus, der von dem Einzelnen Mut und Risikobereitschaft verlange. Ein freier Mann, heute auch eine freie Frau, auf eigenem Grund – und einem Gewehr im Schrank – das ist der uralte amerikanische Traum, der besonders im konservativen Lager noch Prägestärke entfaltet. Deshalb halten fast alle Amerikaner alle Spielarten des europäischen Sozialismus, ja Kommunismus für nichts als Verelendungstheorien und ihre Ideologen für Sklavenseelen. Unsere beiden sozialdemokratischen Volksparteien, die CDU und die SPD, auch die sozialdemokratische CSU, liegen weit links vom amerikanischen Traum und vom amerikanischen »mainstream«.

Zur Kriegslücke: Meine Damen und Herren, ein Kollege von mir von der Stanford University, der Europahistoriker James J. Sheehan, hat vor kurzem ein viel beachtetes Buch mit dem Titel geschrieben: »Where Have All the Soldiers Gone? The Transformation of Modern Europe.«

Sheehan nimmt ein Leitmotiv wieder auf, mit dem ein anderer Amerikaner vor einigen Jahren Schlagzeilen gemacht hatte, Robert Kagan, der behauptete, das kriegerische Amerika sei vom Mars, das friedfertige Europa von der Venus. Das Leitmotiv beider Bücher ist die Entmilitarisierung der europäischen, insbesondere der deutschen Gesellschaft. Sheehan erinnert uns daran, dass am 22. August 1914 an einem Tag 27.000 französische Soldaten, am 1. Juli 1916 20.000 britische Soldaten und in den Kämpfen vor Verdun in wenigen Wochen hunderttausende französische und deutsche Soldaten gefallen sind. Heute haben die Europäer größte Mühe, einige Tausend Soldaten für einen Einsatz in Afghanistan aufzubringen. Es gibt amerikanische Generalstäbler, die sich heimlich wünschen, Deutschland könnte in Afghanistan eine Division von der Kampfkraft und Todesbereitschaft der Wehrmacht im Dritten Reich zur Verfügung stellen. Dann wäre der Taliban-Spuk bald zu Ende. Es geht also in einer zentralen Frage der gesamten uns bekannten Geschichte, nämlich nach der Legitimität und Notwendigkeit von Kriegen, um mehr als Kommunikationsstörungen über dem Atlantik, sondern um eine strukturelle Differenz.

Zur Gotteslücke: Damit komme ich zu meiner letzten Lücke, der Gotteslücke über dem Atlantik. In den sieben Jahren der Amtszeit von George W. Bush hat sich die veröffentlichte Meinung in Europa verstärkt mit der Religion in den USA beschäftigt,

insbesondere mit der christlichen Rechten, den christlichen Zionisten, den so genannten Fundamentalisten und den evangelikalen Bewegungen, die besonders in Afrika, Lateinamerika und Asien, aber auch schon in Europa eine enorme Missionstätigkeit entfalten. Wir werden daran erinnert, dass die USA von Beginn an ein außerordentlich religiöses Land gewesen sind, weil zwei europäische Importe das Land geprägt haben, nämlich Christentum und Aufklärung. Sein Weg in die Moderne hat nicht, wie in vielen europäischen Ländern, zu einer starken Säkularisierung der Gesellschaft geführt. Nach letzten Umfragen glauben 90% der Amerikaner an einen Gott. Über 70%, d. h. über 200 Millionen, beten mindestens einmal pro Woche. Fast die Hälfte, d. h. 150 Millionen, gehen mindestens einmal pro Monat in eine Kirche, Moschee, Synagoge oder einen Tempel. Gott, oder empirisch genauer gesagt, die Gottesvorstellungen der Amerikaner haben ihre Gesellschaft seit der Gründung der Union immer in zwei Funktionen geprägt:

- Einerseits Gott als integraler Bestandteil der fast alle Amerikaner verbindenden »zivilen Religion«, einer nationalen Religion, aus der sie einen erheblichen Teil ihrer Identität und Dynamik, besonders aber ihre Sendungsidee der Freiheit schöpfen. Diese zivile Religion steht im Zentrum der amerikanischen Trinität von Gott, Vaterland und Freiheit.
- Andererseits Gott, oder empirisch genauer gesagt, die Vielfalt der Gottesvorstellungen als Zentrum der über tausend Religionsgemeinschaften (denominations). Diese Gemeinschaften können sich seit 1791 unter dem Schutz des ersten Zusatzes zur Verfassung entfalten, unter dem Rechtsschutz der Trennung von Staat und Kirche und der freien Religionsausübung.

Diese Trennung von Staat und Kirche hat auch zur Folge, dass Religionsgemeinschaften und die freie Religionsausübung in den USA in weit höherem Maße Marktphänomene sind als in Europa. In Fragen der Religion gibt es neben der Gotteslücke über dem Atlantik auch eine Marktlücke über dem Atlantik. In den Kirchen, aber auch in den Medien, konkurrieren Religionsgemeinschaften und charismatische Prediger um Anhänger und zahlungskräftige Kunden. Neben dem bezahlten Fernsehen gibt es das bebete Fernsehensehen, neben »pay-tv« eben »pray-tv«. Insgesamt ist Amerika religiös so geprägt, dass man sich heute zwar eine Frau oder einen Farbigen als Präsidentschaftskandidaten vorstellen kann, auf keinen Fall aber einen Atheisten. In diesem Punkt gibt es vermutlich große Ähnlichkeiten mit Bayern.

Damit komme ich zum Schluss, zu meinem letzten Punkt, zum Versuch einer Prognose. Dieses letzte Argument ist schon deshalb kürzer, weil die Historiker ja grundsätzlich rückwärtsgewandte Propheten sind, also nur hinterher allemal klüger. Davon allerdings sollten sie einen kraftvollen, öffentlichen Gebrauch machen.

IV. Prognose: Eine Krise enttäuschter Erwartungen

Leider bin ich, was die unmittelbare Zukunft nach den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr angeht, kein Überbringer guter Nachrichten. Deshalb möchte ich Sie an die älteste diplomatische Tradition erinnern, wonach Überbringer schlechter Nachrichten weder geköpft noch aufgehängt werden sollten. Ich hoffe also, dass ich diesen Raum lebend verlassen kann.

Ich sehe im amerikanisch-europäischen Verhältnis eine Krise enttäuschter Erwartungen voraus. Die Europäer erhoffen sich von einer neuen US-Regierung, möglichst unter einem Demokraten oder einer Demokratin, erneut einen wohlwollenden Hegemon, der multilateral vorgeht, verstärkt auf Diplomatie, Kompromiss und die Problemlösungskapazität internationaler Organisationen setzt, die Europäer vor Entscheidungen konsultiert, nicht andauernd vor vollendete Tatsachen stellt und dennoch Gefolgschaft erwartet.

Die USA ihrerseits werden auch unter einer demokratischen Administration von Europa erwarten, dass weniger verhandelt und mehr gehandelt wird; dass Europa in der Welt mehr Verantwortung übernimmt, viel mehr Geld in das Militär investiert, die Türkei in die EU aufnimmt, vor allem höhere Risiken eingeht, um Probleme zu lösen.

Die Europäer sind überdies zur Zeit aus amerikanischer Sicht keine Macht, die die Weltpolitik entscheidend mitgestalten kann, kein »major global player«. Und in der Tat, Europa ist nicht fähig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren, geschweige denn durchzuhalten. Das aber wäre die erste Voraussetzung, um in Washington überhaupt gehört zu werden; selbst in einer Situation, in der den Amerikanern bewusst ist, dass sie Verbündete brauchen. Sonst gilt weiter das alte Bonmot Henry Kissingers: »Immer wenn ich in Europa anrufe, ist keiner am Telefon.«

Die Amerikaner werden zumindest in internen Beratungen die Europäer weiter beschuldigen, ein Trittbrettfahrer der Weltgeschichte geworden zu sein. Für die strategische Sicherheit der westlichen Welt, die Sicherung von offenen Seewegen und von Rohstoffen, insbesondere des Öls, täten die Europäer zu wenig. Deshalb könnte es wie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Debatte über eine gerechte Lastenverteilung zur Aufrechterhaltung einer möglichst stabilen, möglichst freien und möglichst marktwirtschaftlichen, auf Freihandel setzenden Welt geben.

Vor allem werden die Amerikaner von den Europäern erwarten, in Kriegsgebiete der Welt gut ausgebildete und gut ausgerüstete Soldaten zu senden, die tatsächlich bereit sind, zu kämpfen und zu sterben. Genau darüber wird ja schon zur Zeit im Rahmen des NATO-Einsatzes in Afghanistan eine harte Debatte geführt.

Die Amerikaner werden besonders die Deutschen beim Wort nehmen. Wenn Eure, so werden sie sagen, nationalen Interessen nicht in Hindelang, sondern am Hindukusch verteidigt werden, müssten die deutsche Bevölkerung, das deutsche Parlament – wir haben ja eine Parlamentsarmee – und die deutsche politische Klasse von Illusionen Abschied nehmen. Die von mir beschriebene Kriegslücke ist ein Sprengsatz für die NATO und die transatlantische Allianz.

Ein Standardargument der Europäer macht in Washington angesichts des Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und des immer härter werdenden Kampfes um Rohstoffe nur wenig Eindruck; nämlich die Behauptung, dass die sich erweiternde und vertiefende europäische Gemeinschaft gleichsam als Friedensmodell für die ganze Welt dienen könne.

Die Europäer würden, auf sich allein gestellt, nicht einmal mit den Problemen auf dem Balkan fertig werden, geschweige denn mit einem neuen russischen Imperialismus.

Was bedeutet meine Prognose? Sie bedeutet, dass das amerikanisch-europäische Verhältnis auf absehbare Zeit in einer zutiefst ambivalenten Situation festgefahren sein wird. Amerikaner und Europäer können einander in vielerlei Hinsicht nicht leiden, aber aus strategischen Gründen auch nicht voneinander lassen. Außerdem teilen sie die westlichen Werte, weil, wie ich im ersten Teil dieses Vortrages erläuterte, Amerikas Werte ein Import aus Europa sind. Außerdem kann Europa die Grundlagen seiner Sicherheit und Wohlfahrt nicht allein garantieren.

Deshalb sei es mir gestattet, mit einigen Überlegungen zu schließen, die eigentlich für einen wissenschaftlichen Historiker nicht statthaft sind, weil sich in ihnen Wahrscheinliches und Wünschenswertes mischen.

Der unilaterale Entwurf einer Pax Americana ist dabei, aus außen- und innenpolitischen Gründen zu scheitern. Die Regierung Bush hat sich überhoben. Das würde die Chance einer verbesserten amerikanisch-europäischen Kooperation unter zwei Bedingungen eröffnen: Wenn die USA die Europäer zumindest rhetorisch von Gleich zu Gleich behandelten und ein starkes Europa nicht fürchteten; und wenn Europa tatsächlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik konzipierte und in Grundzügen durchhielte. Die Amerikaner müssen von der Arroganz der Macht, die Europäer von der Arroganz der Ohnmacht lassen. Denn wenn sich die beiden demokratischen Wohlstandsregionen auf beiden Seiten des Atlantiks weiter auseinanderdividierten, wäre aus meiner Sicht kaum ein gegenwärtiges Weltproblem lösbar. Genau deshalb müssen aus meiner Perspektive die Institutionen der Gesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks einen realistischen und informierten Dialog aufrechterhalten. Nur so kann verhindert werden, dass sich ein Anti-Europäismus in den Seelen der Amerikaner, ein Anti-Amerikanismus in den Seelen der Europäer einnistet.

Wenn das gelänge, könnte das erreicht werden, wovon viele Transatlantiker träumen: eine Zusammenarbeit, die wirklich auf zwei Pfeilern, einem europäischen und einem amerikanischen, ruht.

